

In der Kommission sollen vertreten sein: Preußen mit 9, Bayern mit 2, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Elsaß-Lothringen, Thüringische Kleinstaaten, Mecklenburg, Hamburg mit je 1 Delegierten. Außerdem sollen die Parteigenossen und der Parteivorstand durch je 2 Delegierte vertreten sein.

Die Vertreter des Parteivorstandes sind von diesem zu bestimmen.“

Ueber die Arbeiten der Kommission teilte der Parteivorstand dem Parteitage zu Jena 1905 das Folgende mit:

„Die vom Bremer Parteitag gewählte Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfs hat in zwei Sitzungen sich ihres Auftrages entledigt. Die erste Sitzung, die am 5. Februar in Berlin stattfand, wurde ausgefüllt mit einer Generaldebatte. Es lagen zwar alle Anträge vor, die der Kommission vom Bremer Parteitag überwiesen waren, aber es mußte doch zunächst die Grundlage der Organisation festgelegt werden. Hier gingen die Ansichten recht weit auseinander. Während von einer Seite eine möglichst straffe Zentralisation nach Art der Breslauer Anträge gewünscht wurde, wurde andererseits die Ansicht vertreten, daß die Grundlage durch Landesorganisationen zu bilden sei und die Gesamtorganisation eigentlich nur in dem Bunde zu bestehen habe, das die einzelnen an sich selbständigen Landesorganisationen zusammenhält. Es war also, genau genommen, der Streit über die Frage: ob Bundesstaat oder Staatenbund? auf die Organisation der Partei übertragen.

Die Anhänger der straffen Organisation führten aus, daß die Partei eine Kampforganisation sei, die, gestützt auf das gleiche Programm, in ganz Deutschland denselben Kampf zu führen habe. Durch die straffe Zentralisation werde die Partei immer einheitlicher und nach außen mächtiger. Die Entwicklung der zentralisierten Gewerkschaften beweise auch, daß die straffe Zentralisation die Form ist, die den Arbeitern am meisten zusagt.

Andererseits wurde geltend gemacht, daß die Landesorganisationen entstanden sind, weil für sie ein Bedürfnis vorlag. In jedem Lande gibt es besondere Auf-